

gen Menschenrechtsbilanzen genauso schwere Verstöße gegen die Menschenrechte angelastet wurden wie den übrigen Säulen von Mobutus Herrschaftsapparat auch. Deutsche Unternehmen machten mit Mobutu Geschäfte: Die Deutsche Bank gewährte ihm ein Konto für seine geraubten Gelder, die Druckerei Giesecke & Devrient in München druckte – gegen Devisen – in seinem Auftrag zairische Banknoten, Mercedes-Benz verdiente an seiner Vorliebe für Luxuslimousinen aus Stuttgart. Zairische Flüchtlinge, die der inhumane Charakter der

Mobutu-Herrschaft aus ihrem Heimatland vertrieben hatte, erhielten hingegen in Deutschland nur selten Asyl. Obwohl in ihrem Herkunftsland Folter, Mißhandlung, Terror und Willkür an der Tagesordnung waren, wurden ihnen in ihrer großen Mehrheit unlautere – etwa wirtschaftliche – Motive unterstellt. Viele von ihnen wurden nach Ablehnung ihrer Asylanträge ins Reich Mobutus zurückgeschickt, und bei manchen verloren sich die Spuren. Erst unter dem Eindruck des Krieges entschlossen sich mehrere Bundesländer wenigstens zu einem vorläufigen Abschiebestopp. *Peter Körner*

Tradition und Wandel

Die Situation der Familien in der Schweiz

In der Schweiz liegen erste Ergebnisse eines Mikrozensus zur Situation der Familien vor. Sie zeigen u. a. die Schwierigkeiten, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren. Die Ehe wird nach wie vor hoch geschätzt; jedoch hat sich das Durchschnittsalter bei der Eheschließung wie bei der Geburt/des ersten Kindes deutlich erhöht. Als ideale Familiengröße wird die Zweikindfamilie angesehen.

Wie innerhalb der Europäischen Gemeinschaft ein Konsultationsprozeß durchgeführt wurde, um eine europäische Armutspolitik entwickeln zu können (HK, Mai 1997, 253–258), wurden auch europaweit Daten erhoben, um die Informationsgrundlagen für die Familien- und Sozialpolitik zu verbessern. So sind die zunehmende Alterung der Bevölkerung, der Geburtenrückgang, die gefährdete Bindung zwischen den Generationen, der wachsende Bedarf an Betreuungseinrichtungen in verschiedenen Lebensbereichen, kurz: der beschleunigte Wandel von Familie und Geburtenhäufigkeit eine europaweite Erscheinung. Das hat die Wirtschaftskommission für Europa (ECE) der Vereinten Nationen veranlaßt, eine international vergleichende Erhebung über „Familie und Geburtenhäufigkeit“ durchzuführen. Inzwischen beteiligen sich daran die meisten westeuropäischen und eine erhebliche Anzahl osteuropäischer Staaten sowie die USA und Kanada.

Der Schweizer Beitrag zu diesem Projekt ist der vom Bundesamt für Statistik erstmals durchgeführte Mikrozensus Familie, von dessen Ergebnissen ein bedeutender Erkenntnisgewinn erwartet werden darf. Wohl haben bislang die Volkszählungen und die Schweizerischen Arbeitskräfteerhebungen grundlegende Veränderungen in der Haushaltsstruktur dokumentiert, und wohl informiert die Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung jährlich über die Geburten-, Heirats- und Scheidungshäufigkeit. Doch fehlte in der Schweiz bislang eine umfassende Berichterstattung über die Familie und die Situation der Eltern und Kinder; denn auf der verfügbaren Grundlage sind der Verknüpfung von Da-

ten über Gründung, Erweiterung und Auflösung von Familien mit sozioökonomischen und kulturellen Informationen Grenzen gesetzt. Mit der Erhebung von Lebensverlaufsdaten (biographischen Daten) über die zentralen Lebensbereiche Ausbildung, Erwerbstätigkeit, Wanderungen, Partnerschaft, Schwangerschaften und Geburten wird es erstmals möglich, die Dynamik der Familienbildung in direktem Vergleich zur Vorgeneration sowie die Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Lebensbereichen zu untersuchen.

Erhoben wurden die Daten des Mikrozensus Familie zwischen Oktober 1994 und Mai 1995 in 5964 Interviews mit zwischen 20 und 49 Jahren alten Frauen und Männern, die aufgrund von zwei Zufallsstichproben aus der ständigen Wohnbevölkerung ausgewählt wurden. Die Ergebnisse im Hinblick auf die dringendsten Fragen der Öffentlichkeit und interessierter Kreise sollen vom Bundesamt für Statistik in Form von verschiedenen Publikationen in den Jahren 1997 und 1998 veröffentlicht werden. Dazu gehören namentlich die Modalitäten der Gründung, Umgestaltung und Auflösung von Familien und die Entwicklung während der vergangenen Jahrzehnte, die Entwicklung der Geburtenhäufigkeit und der gewünschten Kinderzahl, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. längerer Aus- und Weiterbildung sowie die Aufgabenteilung zwischen Mann und Frau.

Als Beitrag zum internationalen Projekt erarbeitet das Bundesamt zudem einen Bericht über die Situation in der Schweiz. Die beiden Hochschulinstitute, die das Bundesamt bei diesem Projekt beraten haben, das Soziologische Institut der Universität Zürich und das „Laboratoire de démogra-

phie économique et sociale“ der Universität Genf, führen derzeit eine vertiefende demographische und soziologische Analyse der Lebensverlaufsdaten durch.

Die Wertschätzung der Ehe ist geblieben

Die ersten Ergebnisse des Mikrozensus hat das Bundesamt dieses Frühjahr unter dem Titel „Die Familie in der Schweiz: Tradition und Wandel“ der Öffentlichkeit vorgestellt, wobei namentlich die Familiengründung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf thematisiert wurden. Denn in den letzten Jahrzehnten hat sich der Übergang vom Jugendalter zur Familiengründung deutlich verändert; dazu gehören das spätere Verlassen des Elternhauses, die immer häufigeren und länger anhaltenden nichtehelichen Lebensgemeinschaften, die Verschiebung der Erstgeburt in spätere Lebensabschnitte und die Verringerung der durchschnittlichen Familiengröße.

Die Geburtsjahrgänge 1965 bis 1974 sind etwas später von zu Hause weggezogen als die älteren Jahrgänge (1945 bis 1954). Ein noch größeres Hinauszögern des Wegzugs von zu Hause der damals 20- bis 24jährigen wurde in den fünf Jahren vor der Erhebung festgestellt. *Yvon Csonka*, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Bundesamtes, führt diesen Trend auf die zunehmende Schwierigkeit der Jungen zurück, einen Einstieg ins Berufsleben zu finden und somit finanzielle Unabhängigkeit zu erlangen.

Hingegen haben sich die Durchschnittsalter beim ersten Zusammenziehen mit einem Partner oder einer Partnerin, sei es zur Bildung einer ehelichen oder nichtehelichen Lebensgemeinschaft, seit 1960 nicht wesentlich verändert. Hierbei haben die Männer die Tendenz, mit dem Verlassen ihres Elternhauses und der Gründung eines gemeinsamen Haushaltes länger zuzuwarten als die Frauen. Nur bei den Frauen gibt es einen engen Zusammenhang zwischen der Bildung und ihrem Alter beim Auszug aus dem Elternhaus und der Haushaltsgründung: mit einer höheren Bildung steigt dieses Alter.

Immer öfter beginnt die Haushaltsgründung mit der Bildung einer *nichtehelichen Lebensgemeinschaft*, und immer seltener wird der erste Lebenspartner bzw. die erste Lebenspartnerin später Ehepartner bzw. Ehepartnerin. Von den Angehörigen der Jahrgänge 1945 bis 1949 haben eine Mehrheit der Frauen (67,5 Prozent) als auch der Männer (61,3 Prozent) ihr Paarleben mit der Ehe begonnen und nicht zuerst unverheiratet zusammengelebt. Bei den zwischen 1960 und 1964 Geborenen hat sich dieses Verhältnis mehr als umgekehrt. Ihr erstes unverheiratetes Zusammenleben führten die Angehörigen der Jahrgänge 1945 bis 1949 öfters in eine Ehe über (82 Prozent der Frauen und 77 Prozent der Männer). Im Unterschied zu ihnen haben die Angehörigen der jüngeren Jahrgänge ihre erste nichteheliche Lebensgemeinschaft öfter aufgelöst und ihr also keine Ehe folgen lassen. Weiter ist festzustellen, daß sich die Zeit des vorehelichen

Zusammenlebens von Jahrgangsguppe zu Jahrgangsguppe verlängert.

Trotz dieser Entwicklung spielt die Ehe im Bewußtsein der Bevölkerung immer noch eine wichtige Rolle. Weder der Jahrgang noch der Bildungsstand haben einen Einfluß auf die gegenwärtige Einstellung gegenüber der Ehe. Bei den 20- bis 49jährigen sind nur gerade 9,6 Prozent der Frauen und 12,8 Prozent der Männer der Meinung, „die Ehe sei eine veraltete Einrichtung“. Dabei ist ein Zusammenhang zwischen dieser Meinung und der religiösen Einstellung festzustellen; aber selbst von den Konfessionslosen bezeichnet nur gut ein Viertel die Ehe als überholt.

Im Unterschied zu mehreren anderen europäischen Ländern besteht in der Schweiz ein enger Zusammenhang zwischen Heirat und Kindern. Bei den Frauen der Jahrgänge 1955 bis 1969 betrug der Anteil der Erstgeburt von unverheirateten, mit ihrem Partner zusammenlebenden Müttern an allen Erstgeburt 7,8 Prozent, von nicht in einer Paarbeziehung lebenden Unverheirateten nur 5 Prozent. Hingegen hat das Alter der zwischen 1945 und 1974 geborenen Eltern bei der Geburt des ersten Kindes von Jahrgangsguppe zu Jahrgangsguppe zugenommen. Mit 24 Jahren waren 24 Prozent der Frauen und 20 Prozent der Männer der Jahrgänge 1945 bis 1949 zum ersten Mal Eltern geworden, von den Jahrgängen 1965 bis 1969 erhielten mit 24 Jahren nur noch 21 Prozent der Frauen und 8 Prozent der Männer ihr erstes Kind. Von den Frauen der Jahrgänge 1960 bis 1964 hatten noch 57 Prozent ihr erstes Kind mit weniger als 30 Jahren.

Die Eltern werden zunehmend älter

Je höher der Bildungsstand der Frauen ist, desto mehr haben sie die Tendenz, die Geburt ihrer Kinder auf einen späteren Lebensabschnitt zu verschieben oder überhaupt auf Kinder zu verzichten. Das hat Auswirkungen auch auf die endgültige Nachkommenschaft. Von den Frauen der Jahrgänge 1945 bis 1954 hatten jene mit einer Primarausbildung 2,1 Kinder, jene mit einer Sekundarausbildung 1,8 Kinder und jene mit einer Tertiärausbildung 1,35 Kinder. Bei den Männern der gleichen Jahrgänge zeigt sich der Zusammenhang zwischen dem Bildungsstand und der Anzahl Kinder anders. Von ihnen hatten jene mit einer Primarausbildung 2,3 Kinder, jene mit einer Sekundarausbildung 1,7 Kinder und jene mit einer Tertiärausbildung 1,9 Kinder. Dabei ist die Gruppe der auf Tertiärstufe ausgebildeten Männer die heterogenste: viele haben überhaupt keine (23,2 Prozent), viele aber auch drei oder mehr Kinder (29,5 Prozent).

Erhöht hat sich das mittlere Alter nicht nur der Eltern bei der Geburt ihres ersten Kindes, sondern auch der Paare bei ihrer ersten Heirat. Während die Tendenz, die Heirat und die Geburt des ersten Kindes in spätere Lebensabschnitte zu verschieben, bei den jüngeren Jahrgängen zugenommen hat, hat sich die Zeitspanne zwischen Heirat und Geburt des ersten Kindes kaum verändert. Praktisch unverändert geblie-

ben ist auch die durchschnittliche Zeitspanne zwischen dem Wegzug aus dem Elternhaus und der ersten Haushaltsgründung mit einer Partnerin oder einem Partner. Kennzeichnend für die Entwicklung im zeitlichen Ablauf der Familiengründung ist hauptsächlich die immer weitere Verbreitung und die immer längere Zeit des unverheirateten und kinderlosen Zusammenlebens. Geheiratet wird nicht mehr, um zusammenzuziehen, sondern falls ein Kind gewünscht wird oder bereits unterwegs ist.

Auf die Frage, ob man sich persönlich vorstellen könne, ohne verheiratet zu sein, aber mit dem Partner bzw. der Partnerin zusammenlebend, ein Kind zu haben, antworteten 57,6 Prozent der Frauen und 58,7 Prozent der Männer zustimmend. Yvon Csonka vermutet deshalb, daß ein Großteil der Bevölkerung Heirat und Geburt nicht aus Einstellungs-, sondern aus praktischen Gründen verbindet.

Über die *ideale Familiengröße* in der Schweiz herrscht bei den Befragten im großen ganzen Einigkeit: als „ideal für eine Familie in unserem Land“ werden zwei (71 Prozent der Frauen und der Männer) bis drei (17 Prozent der Frauen und 19 Prozent der Männer) Kinder bezeichnet. Weil sich die 20- bis 34jährigen in der Phase möglicher Familiengründung oder Familienerweiterung befinden, läßt sich von ihren Kinderwünschen auf die Entwicklung der Geburtenhäufigkeit schließen. Für sich selber wünschen die Frauen dieser Altersgruppe durchschnittlich 2,35 und die Männer der gleichen Altersgruppe durchschnittlich 2,19 Kinder. Innerhalb dieser Gruppe nimmt die Anzahl gewünschter Kinder indes mit abnehmendem Alter ab. Diesen Sachverhalt richtig einzuschätzen ist aber schwierig, weil der Kinderwunsch im Verlauf des Lebens nach unten wie nach oben korrigiert werden kann.

Aufgrund der Erhebung ergibt sich kein Zusammenhang zwischen dem Bildungsstand der 20- bis 34jährigen Frauen und ihren Kinderwünschen, sehr wohl aber zwischen ihrem Bildungsstand und der Zahl der tatsächlich geborenen Kinder. Das liegt vermutlich am Umstand, daß die Frauen mit zunehmendem Bildungsstand die Geburt ihres ersten Kindes hinauszögern, was dazu führt, daß sie mit 35 Jahren der Zahl der gewünschten Kinder weniger nahe gekommen sind als die Frauen mit niedrigem Bildungsstand. Wiederum anders wirkt sich der Bildungsstand auf die Kinderwünsche der gleichaltrigen Männer aus. Jene mit einer Primarausbildung wünschen durchschnittlich 2,25, jene mit einer Sekundarausbildung 2,12 und jene mit einer Tertiärausbildung 2,35 Kinder. Tatsächlich aber haben jene mit einer Primarausbildung durchschnittlich 0,7, jene mit einer Sekundarausbildung 0,48 und jene mit einer Tertiärausbildung 2,35 Kinder.

Die bisherige Entwicklung läßt vermuten, daß der Entscheid der Paare, die bereits zwei Kinder haben, für oder gegen ein drittes Kind die allgemeine Geburtenhäufigkeit in der Schweiz in der nahen Zukunft entscheidend beeinflussen wird. Als häufigsten Grund, ein Kind oder noch ein oder mehrere Kinder zu wünschen, antworteten 45 Prozent der befragten Frauen und 43 Prozent der befragten Männer, daß

„Kinder einem Freude und Zufriedenheit im Alltag geben“; und als zweitwichtigsten Grund nannten 34 Prozent der Frauen und 28 Prozent der Männer die Bereicherung, sich mit Kindern zu beschäftigen. Die Gründe, kein Kind oder kein zusätzliches Kind zu wollen, sind entsprechend dem Alter und der Zahl der bereits vorhandenen Kinder recht unterschiedlich. Die Gesundheit oder das Alter sind für die über 40jährigen verständlicherweise entscheidend.

Von jenen, für welche weder die Gesundheit noch das Alter ein Grund für den Verzicht auf ein Kind oder ein weiteres Kind sind, gibt rund ein Viertel keinen besonderen Grund an. Ein einziger der in der Erhebung zur Auswahl gestellten Gründe wurde von einer Mehrheit (58 Prozent der Frauen und 54 Prozent der Männer) als wichtig erachtet: „Mit Kindern ist es für eine Frau schwierig, berufstätig zu sein.“ Für 43 Prozent der Männer und 47 Prozent der Frauen sind die bereits gegebenen familiären Verpflichtungen ein wichtiger Grund, kein weiteres Kind zu wollen. 46 Prozent der Frauen und 38 Prozent der Männer ohne Kinder finden, „mit Kindern bleibe nicht genügend Zeit für andere im Leben wichtige Dinge“.

Von jenen, die aus anderen als alters- oder gesundheitsbedingten Gründen kein Kind oder kein Kind mehr möchten, erklärten 53,9 Prozent der Frauen und 52,8 Prozent der Männer, daß „keine Maßnahme ihre Einstellung verändern könnte“. 11,5 Prozent der Frauen und 17 Prozent der Männer würden ihren Entscheid überdenken, falls sie oder ihr Partner bzw. ihre Partnerin ihre Arbeitsbedingungen ändern könnten; ein höheres Gehalt könnte 8,2 Prozent der Frauen und 11,4 Prozent der Männer dazu bewegen, ihren Entscheid zu ändern, während Maßnahmen im Bereich der Steuern oder der Sozialversicherung 6,9 Prozent der Frauen und 9,2 Prozent der Männer dazu veranlassen würde.

Familie und Beruf vereinbaren

Die Daten zur Familiengründung zeigen den Wandel der Familie auf, sie weisen aber bereits auf sich daraus ergebende Herausforderungen hin; dazu gehört namentlich, den familiären und den beruflichen Lebensbereich miteinander zu vereinbaren. Die Daten des Mikrozensus zum Themenbereich „Beruf und Familie vereinbaren“ zeigen auf, wie heute Männer und Frauen Beruf und Familie vereinbaren, welche Zielkonflikte und Spannungsfelder auftreten und ob Veränderungswünsche an der aktuellen Situation bestehen.

Befragt über die wichtigste Aktivität in ihrem gegenwärtigen Leben, antworten 24 Prozent aller Frauen und der erwerbstätigen Männer mit Beruf oder Studium, 31 Prozent mit Partnerbeziehung pflegen und 27,1 Prozent mit Erziehung und Pflege der Kinder; zusammen decken diese drei Handlungsfelder 82,1 Prozent der Aktivitäten ab. Für die erwerbstätigen Frauen haben die beiden Familienaktivitäten Partnerschaft mit 30,6 Prozent und Kinder mit 29,4 Prozent Vorrang vor dem Beruf mit 20,3 Prozent. Bei den nichter-

werbstätigen Frauen stehen Kinder mit 51 Prozent und Partnerschaft mit 24,5 Prozent im Vordergrund; der Beruf bleibt mit 11,7 Prozent jedoch im Blickfeld. Bei den erwerbstätigen Männern ist mit 33,9 Prozent die Partnerschaft und mit 31,5 Prozent der Beruf die wichtigste Aktivität; mit 15,7 Prozent bilden die Kinder einen wichtigen Bezugspunkt.

Ein hohes Einkommen, gute Aufstiegsmöglichkeiten, viel Freizeit und flexible Arbeitszeiten erweisen sich als wichtige Anforderungen für die subjektive Beurteilung der beruflichen Arbeit. Von den erwerbstätigen Frauen bezeichnen 76,1 Prozent flexible Arbeitszeiten als wichtig bis sehr wichtig. Von den erwerbstätigen Männern nennen 72,4 Prozent ein hohes Einkommen, 71,5 Prozent flexible Arbeitszeiten und 66,5 Prozent gute Aufstiegsmöglichkeiten als wichtig bis sehr wichtig. 48,8 Prozent der Frauen und 49,3 Prozent der Männer geben an, wegen der beruflichen Arbeit in anderen Aktivitätsfeldern Zeitkonflikte zu haben. Bei den Frauen geht der wichtigste Zeitkonflikt hauptsächlich zu Lasten von Erholung und Hausarbeit, bei den Männern hauptsächlich zu Lasten von Erholung und Partnerschaft.

Die Hausarbeit in Paarhaushalten bedeutet für die erwerbstätigen Frauen eine Doppelbelastung, auch wenn ihre Partner sich daran zunehmend beteiligen. 61,3 Prozent der erwerbstätigen Frauen sehen sich bei den fünf wichtigsten Haushaltsarbeiten in der Hauptrolle; 27,2 Prozent erledigen die Hausarbeit gemeinsam mit ihrem Partner, und 9 Prozent der Paarhaushalte wird nach Auskunft der Frauen die Hausarbeit durch die Männer allein erledigt. Dabei steigt der Anteil für die gemeinsame Erledigung der Hausarbeit von den älteren zu den jüngeren Altersgruppen an. Von den nicht-erwerbstätigen Frauen erklären sich 76,9 Prozent als für den Haushalt allein zuständig. Die zumeist erwerbstätigen Männer beteiligen sich jedoch aus der Sicht der Frauen mit sinkendem Alter immer stärker an der Erledigung der Haushaltsarbeiten. Die erwerbstätigen Männer selbst bezeichnen zu 60 Prozent ihre Partnerin als hauptzuständig für die Hausarbeiten.

Über die Altersgruppen betrachtet, stimmen die Wahrnehmungen der Frauen und Männer überein: eine immer stärkere Beteiligung der jüngeren Männer an den Haushaltsarbeiten. Rund ein Viertel aller Frauen und Männer haben wegen der Hausarbeit Zeitkonflikte: bei den Frauen geht er hauptsächlich zu Lasten von Erholung und Beruf, bei den Männern hauptsächlich zu Lasten von Erholung und Partnerschaft. 20,8 Prozent aller Frauen möchten die Aufgabenteilung im Haushalt ändern, von den Männern jedoch nur 10,2 Prozent.

Auch bei der Erziehung und Pflege der Kinder sehen sich die Frauen als hauptzuständige bzw. Hauptverantwortliche. Die Männer ihrerseits sehen die Partnerin bei der Erziehung und Pflege der Kinder zu einem großen Teil als hauptzuständig; eine Mehrheit versteht sich jedoch bei einer Reihe von Aufgaben als partnerschaftlich mitverantwortlich. Während sich 47,3 Prozent der Frauen bei der Erziehung und Pflege der Kinder als hauptzuständig betrachten, beträgt dieser

Das Handbuch zum Kern der Dogmatik

Gisbert Greshake
Der dreieine Gott
Eine trinitarische
Theologie

Herder

568 Seiten, gebunden mit Schutzumschlag,
DM 68,- /öS 496,- /Sfr 65,-
ISBN 3-451-26239-8

Der Autor zeigt, daß der christliche Glaube als ganzer und in all seinen Teilbereichen nur begriffen und gelebt werden kann, wenn Gott nicht als monarchische Einheit verstanden wird, sondern als *Communio*, das heißt als Gemeinschaft von drei Personen, deren Einheit die Einheit gegenseitiger Liebe ist.

Er zeigt weiter – und das ist in dieser umfassenden Form noch nie versucht worden –, daß das Bekenntnis zum dreieinen Gott nicht nur Bedeutung für den Glauben hat, sondern geradezu ein Schlüssel ist für das Verstehen und Bestehen all dessen, was das Leben bewegt.

Unsere Bücher erhalten Sie in jeder Buchhandlung,
oder direkt beim Freiburger Buchversand
Habsburgerstraße 116 – 79104 Freiburg
Tel. 0761 / 2717-328 – Fax 0761 / 2717-360

HERDER

Wert aus männlicher Sicht 38,2 Prozent. Andererseits betrachten 31,4 Prozent der Frauen und 40,3 Prozent der erwerbstätigen Männer die Erziehung und Pflege der Kinder als partnerschaftliche und gemeinsam zu bewältigende Aufgabe.

43,1 Prozent der erwerbstätigen Frauen nutzen eine externe Einrichtung der Kinderbetreuung, und auch 30,2 Prozent der nichterwerbstätigen Frauen treten ihre Betreuungsaufgaben zeitweise ab; in beiden Fällen werden private Möglichkeiten mit Anteilen von 75 Prozent bzw. über 95 Prozent bevorzugt genutzt, mit 63,5 Prozent hauptsächlich die Unterstützung durch die eigene Familie. Eine Änderung der Aufgabenteilung bei der Erziehung und Pflege der Kinder wünschen 13,8 Prozent der Frauen und 8,7 Prozent der erwerbstätigen Männer. Bezüglich der Betreuung der Kinder haben 11 Prozent der Frauen und 8,3 Prozent der erwerbstätigen Männer einen Änderungswunsch. Den stärksten Änderungswunsch bei der Kinderbetreuung haben Frauen und Männer mit tertiärem Bildungsabschluß. Die Bildungshöhe beeinflußt auch die Einstellung zur Hausarbeit: bei Frauen mit tertiärem Bildungsabschluß wird die Hausarbeit am partnerschaftlichsten verteilt, und der Veränderungswunsch bei der Hausarbeit steigt bei Männern und Frauen mit dem Bildungsniveau.

Insgesamt zeigt sich so, daß die Vereinbarung von Beruf und Familie für die Mehrheit der 20- bis 49jährigen in der Schweiz Probleme birgt und daß fast ein Viertel Veränderungen wünscht. Für *Jürg Noth*, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Bundesamtes für Statistik, ist die Feststellung zentral, „daß über 80 Prozent der Frauen und Männer in ihrer gegenwärtigen Situation eine Aktivität im Mittelpunkt sehen, die Teil des Verhältnisses von Erwerbstätigkeit und Familienarbeit bildet“.

Für eine schweizerische Armutspolitik

Wie mit diesen Ergebnissen des Mikrozensus Familie wichtige Informationen für eine wirklichkeitsnahe Familienpolitik vorliegen, brachten die Ergebnisse der ersten schweizerischen *Armutsstudie*, die im Rahmen des Nationalen Forschungsprogrammes „Wandel der Lebensformen und Soziale Sicherheit“ durchgeführt wurde, endlich Informationen für eine wirklichkeitsnahe Sozialpolitik und näherhin für eine schweizerische Armutspolitik bei (*Robert E. Leu, Stefan Burri, Tom Priester*, Lebensqualität und Armut in der Schweiz, unter Mitarbeit von *Peter Aregger*, Verlag Paul Haupt, Bern 1997). Die hohe Arbeitslosigkeit, die finanzielle Belastung der Sozialversicherungen und die Belastung der Kantone und Gemeinden durch die gestiegenen Sozialhilfeleistungen machten Verarmung und soziale Ausgrenzung nämlich zu einem wichtigen öffentlichen Thema.

Armut wird in dieser Studie mit *Ressourcenschwäche* gleichgesetzt; um die soziale Wirklichkeit indes angemessen in den Blick zu bekommen, wird der Ressourcenansatz – wie zunehmend auch in den Kirchen (HK, Mai 1997, 253–256) –

mit dem *Lebenslagenansatz* kombiniert. Damit wird nicht nach der Möglichkeit gefragt, ein bestimmtes Versorgungsniveau zu erreichen, sondern nach der tatsächlichen Versorgungslage von Personen, Haushalten oder sozialen Gruppen in zentralen Lebensbereichen. Die der Studie zugrunde liegenden Daten ermöglichen so die bisher umfassendste Beschreibung der wirtschaftlichen Lage und der Lebensqualität der Wohnbevölkerung und einzelner Bevölkerungsgruppen in der Schweiz. Weil es sich um eine einmalige Querschnitterhebung handelt, lassen sich wesentliche Fragen beispielsweise bezüglich *Armutsursachen* damit allerdings noch nicht beantworten.

Das mit Hilfe des Ressourcenansatzes ermittelte Ausmaß der Armut in der Schweiz entspricht, je nach verwendeter Armutsgrenze bzw. Äquivalenzskala, einer Gesamtzahl von 390 000 bis 710 000 Armen; berücksichtigt man ihren Vertrauensbereich, liegen die Armutsquoten zwischen 4,8 Prozent und 11,4 Prozent. Aufgrund der Schweizerischen Einkommens- und Vermögensstichprobe wurde errechnet, daß die Armut in der Schweiz zwischen 1982 und 1992 nicht gestiegen ist. Am höchsten ist die Armutsquote für Alleinerziehende und alleinlebende Männer, gefolgt von Paaren mit drei und mehr Kindern sowie von Personen in sogenannten Nichtfamilienhaushalten wie Wohngemeinschaften (bei Personen in Ausbildung ist sowohl die Armutsücke als auch die Armutsintensität am größten). Im Gegensatz zu den Ergebnissen anderer Untersuchungen sind die Alters- und Invalidenrentner nicht überdurchschnittlich von Ressourcenschwäche betroffen. Im Rentenalter oder bei Invalidität kann Ressourcenarmut jedoch auftreten, wenn die Betroffenen die bedarfsabhängigen Leistungen der Sozialversicherungen nicht einfordern. So beträgt die Nichtbezügerquote für die Altersrentner 33 Prozent, für die Invaliditätsrentner gar 39 Prozent.

Zusätzlich zum ressourcenorientierten Ausmaß der Armut ging die Studie den Lebensbedingungen und dem subjektiven Wohlbefinden nach: der Wohnungsversorgung und der Wohnqualität, der Ausbildung und der Arbeit, der Gesundheit, der Quantität und Stabilität privater Netzwerke, den Problemen und ihrer Bewältigung sowie dem subjektiven Wohlbefinden. Weil die gravierendste Form der Unterversorgung im Arbeitsbereich die Erwerbslosigkeit ist, sei sie hier herausgestellt: Nach den Auswertungen der Studie sind zwischen 1982 und 1992 insgesamt 13 Prozent der Bevölkerung im Erwerbsalter mindestens einmal arbeitslos gewesen. Eine neuere Problematik im Arbeitsbereich ist die abnehmende Nachfrage nach wenig qualifizierten Arbeitskräften, was auch in der Schweiz zu beobachten ist. So sind schlecht qualifizierte Arbeitskräfte bei den Arbeitslosen übervertreten, und so sind die Reallöhne im Niedriglohnbereich gesunken. So beträgt der Anteil der erwerbstätigen Armen (*working poor*) an der Gesamtbevölkerung bereits zwischen 3,6 Prozent und 5,9 Prozent.

Besonders untersucht wurde noch die Einkommens- und Vermögensverteilung. Dabei ergab sich, daß die Schweiz eine gleichmäßigere Einkommensverteilung hat als bei-

spielsweise Italien, hingegen eine ungleichmäßigere als beispielsweise Deutschland. Der Vergleich mit dem Jahr 1982, der mit Hilfe der Schweizerischen Einkommens- und Vermögensstichprobe durchgeführt wurde, ergab, daß die Ungleichheit in der Schweiz zugenommen hat. Die Armutsbekämpfung erfolgte in der Schweiz bislang im Rahmen des föderalistisch aufgebauten Staatswesens mittels eines kom-

plexen, relativ gut ausgebauten sozialen Sicherungssystems. Soziale Sicherungssysteme sind an sich gut in der Lage, mit Ressourcenschwäche umzugehen; trotzdem gibt es in der Schweiz Armut. Deshalb empfiehlt die Studie besonders Maßnahmen, die geeignet erscheinen, die Lebensqualität bestimmter Bevölkerungsgruppen gezielt zu verbessern.

Rolf Weibel

„Weder Hexenjagd noch Bagatellisierung“

Fragen an den tschechischen Theologen Tomáš Halík

Unter dem Thema „Versöhnung: Gabe Gottes und Quelle neuen Lebens“ tritt vom 23. bis 29. Juni in Graz die Zweite Europäische Ökumenische Versammlung zusammen. Acht Jahre nach der Wende wird dabei Bilanz gezogen in bezug auf die gesellschaftlichen und ökumenischen Einigungsprozesse im zwar nicht mehr geteilten, aber deswegen noch längst nicht versöhnten Europa. Über die Thematik von Graz sprachen wir mit dem tschechischen Soziologen und Theologen und Inhaber des Lehrstuhls für Religionswissenschaften an der Prager Karls-Universität, Tomáš Halík. Die Fragen stellte Klaus Nientiedt.

HK: Herr Professor Halík, im Mittelpunkt der Beratungen auf der bevorstehenden Europäischen Ökumenischen Versammlung in Graz steht der Begriff der „Versöhnung“. Man wird mit diesem Begriff nicht zuletzt auf den inneren Zustand der ehemals kommunistisch beherrschten Länder in Mittel- und Osteuropa zielen. Mit welcher Berechtigung kann man in bezug auf diese Länder eigentlich von „unversöhnten Gesellschaften“ sprechen?

Halík: Mir scheint dies eine überaus treffende Bezeichnung zu sein. Die Unversöhntheit der Gesellschaft ist ein Aspekt der Entwicklung seit 1989. Innerhalb des Kommunismus hatten wir es mit einer „eingefrorenen“ Gesellschaft zu tun. Freiheit wurde unterdrückt, wichtige gesellschaftliche Prozesse kamen nicht zum Tragen. Bei der raschen Entwicklung der letzten Jahre sehen wir nun, daß Freiheit nicht nur ein leerer Raum ist, sondern eine Herausforderung. Bestimmte Folgen des Kommunismus werden jetzt erst sichtbar. Die sozialen, ethnischen Konflikte und Spannungen in den postkommunistischen Ländern heute werden gerne – so auch im Vorbereitungsdokument zur Grazer Versammlung – als etwas Neues angesehen. Dabei liegen die Wurzeln dafür in der Zeit des Kommunismus. Uns fehlt bis heute eine gründliche Analyse darüber, was dieser Kommunismus eigentlich war.

HK: Auffällig ist aber, daß von der Unversöhntheit dieser Gesellschaft ausgerechnet zu einem Zeitpunkt gesprochen

wird, zu dem staatliche Gängelung und Unterdrückung der Vergangenheit angehören. Im Vergleich zur Situation vor 1989 hätten die „postkommunistischen“ Gesellschaften doch allen Grund, mit sich versöhnt zu sein.

Halík: Von westlicher Seite wurde dies gerne recht einseitig gesehen. Wenn Besucher aus dem Westen hierher kamen, erkundigten sie sich nach der Zahl der Insassen von Gefängnissen u. ä. So bedeutsam dies auch war, das Wichtigste war es nicht. Das Wichtigste war eine bestimmte Atmosphäre und ein Menschentypus, der sich in dieser Atmosphäre ohne Freiheit des Geistes entwickelte. Der Staat verstand sich wie der große Vater: er sorgte für alles. Die Menschen wurden bestenfalls wie Kinder behandelt, im Grunde wurden sie unmündig gehalten. Einige haben am Kampf gegen den Totalitarismus teilgenommen. Ansonsten aber herrschte ein ungeschriebener Pakt zwischen den Herrschern und den Beherrschten. Dies bedeutete: der Staat kümmerte sich um vieles, soziales Elend herrschte nicht, man verfügte über eine gewisse soziale Sicherheit. Die Bürger brauchten die Angelegenheiten der Zivilgesellschaft nicht in die eigenen Hände nehmen.

HK: Was können jetzt nach der „Wende“ unter dem Stichwort „Versöhnung“ die christlichen Kirchen anstoßen, das bisher nicht schon von anderen gesellschaftlichen Kräften getan wird?

Halík: Eine Versöhnung im christlichen Sinne würde einen